

AfD – UNBEQUEM. ECHT. MUTIG.

Mit Sicherheit lebenswert.

Bezirkswahlprogramm 2016

Alternative

für
Deutschland

afd-treptow-koepenick.de



Bezirksverband Treptow-Köpenick

B**erlin**
braucht Blau.

Treptow-Köpenick – mit Sicherheit lebenswert!

Inhaltsverzeichnis

Präambel	5
1 Wohnen im wachsenden Bezirk.....	6
2 Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur	7
3 Sicher leben	9
4 Für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk.....	11
5 Moderne Schulen und bedarfsgerechte Weiterbildung.....	12
6 Attraktive Sport- und Freizeitangebote	13
7 Flüchtlingskrise bewältigen – Zuwanderung steuern	14
8 Meinungsfreiheit schützen – Demokratie fördern.....	15
9 Mittelständische Wirtschaft fördern – Arbeitsplätze schaffen	17
10 Natur und Umwelt schützen	18
11 Berliner Energiewendegesetz stoppen	19
12 Tourismus und Kultur stärken – Tradition bewahren	19
13 Mehr Bürgernähe in Staat und Verwaltung	19

Präambel

Am 18. September 2016 wird in Berlin gewählt. Die Alternative für Deutschland (AfD) wird dann auch die Politik im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen der Hauptstadt aktiv mitgestalten.

Mit diesem Wahlprogramm für Treptow-Köpenick halten wir unsere Leitlinien für die politische Arbeit im Bezirk für die nächsten fünf Jahre fest.

Die AfD steht für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir stellen Eigenverantwortung vor staatliche Bevormundung, direkte Demokratie vor Parteipolitik und Rechtsstaat vor Bagatellisierung. Wir stehen für eine Politik des gesunden Menschenverstandes ohne ideologische Scheuklappen.

Wir wollen keine Luftschlösser bauen, sondern realistische Lösungen für die Probleme in Treptow-Köpenick erarbeiten. Treptow-Köpenick hat gute Voraussetzungen, die vor uns liegenden großen Herausforderungen zu bewältigen und eine friedliche Heimat für alle Menschen im Bezirk zu bleiben, familien- und kinderfreundlich mit sozialem Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Generationen, innovativ und naturverbunden, ohne rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften – **mit Sicherheit lebenswert**. Dafür stehen wir ein!

Am 18. September haben Sie die Wahl!

Berlin braucht Blau! Berlin braucht eine starke AfD! Wählen Sie bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. September AfD! Dafür gibt es viele gute Gründe! Einige davon finden Sie in diesem Wahlprogramm.

1 Wohnen im wachsenden Bezirk

Treptow-Köpenick ist attraktiv. Der Bezirk wächst. Der Wohnungsbau boomt. Allein 2015 wurde der Bau von mehr als 4.000 Wohnungen genehmigt, soviel wie in keinem anderen Bezirk Berlins. Viele junge Familien mit Kindern ziehen nach Treptow-Köpenick. Das ist erfreulich, denn noch sind die Menschen im Bezirk im Durchschnitt älter als in anderen Bezirken. Der zu erwartende Bevölkerungszuwachs und die demografische Entwicklung setzen hohe Anforderungen an die Entwicklung der Infrastruktur.

1.1 Für bezahlbaren Wohnraum

Im Wohnungsbau wollen wir mit unkonventionellen Maßnahmen erreichen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden können.

Die AfD schlägt vor, bei brachliegenden Grundstücken der öffentlichen Hand und deren Unternehmen verstärkt den Bau selbstgenutzten Wohneigentums auf Erbbaubasis zu forcieren, weil dadurch die kurzfristigen Kosten für die Projektentwicklung deutlich sinken, langfristig aber trotzdem eine angemessene Kapitalverzinsung für die öffentlichen Grundstückseigentümer gesichert ist.

Wir fordern den Senat darüber hinaus auf, landeseigene Grundstücke zu besonders günstigen Konditionen solchen Investoren anzubieten, die im Gegenzug einen bestimmten Anteil von Wohnungen Mietern mit kleinen und mittleren Einkommen zur Verfügung stellen.

Damit grundsätzlich mehr Menschen privates Wohneigentum erwerben können, fordern wir, dass die Erwerbsnebenkosten deutlich gesenkt werden.

So schlagen wir vor, dass die Grunderwerbssteuer von 6 % auf das frühere bundeseinheitlich gültige Niveau von 3,5 % abgesenkt wird. Die AfD befürwortet darüber hinaus einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum von 100.000,- Euro des Kaufpreises je Erwachsenen sowie 50.000,- Euro je Kind. Sollte die Eigennutzung der Immobilie als erster Wohnsitz innerhalb einer Frist von zehn Jahren wieder aufgehoben werden, ist die Grunderwerbssteuer nachzuzahlen.

Die AfD setzt sich dafür ein, durch die Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu eigenem Wohnraum zu verhelfen. Genossenschaften sind bei der Vergabe von senatseigenen Grundstücken bevorzugt zu behandeln. Auch die direkte Privatisierung von landeseigenen Wohnungen zugunsten von Genossenschaften ist aus unserer Sicht prioritär zu behandeln.

1.2 Soziale Infrastruktur sichern

Wir setzen uns für den Erhalt einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung ein. Hierbei ist zu prüfen, ob die Wiedereinführung der kassenärztlichen Zulassungsbeschränkung in den Bezirken Fehlentwicklungen entgegenwirken kann. Auch die wohnortnahe Notarztversorgung muss gewährleistet bleiben.

Wir wenden uns gegen die Verwahrlosung von Stadtteilen und setzen uns für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und die Einrichtung und den Erhalt von Stadtteilzentren, Begegnungsstätten und Mehrgenerationenhäusern ein.

Obdachlose dürfen nicht durch die lukrativere Unterbringung von Flüchtlingen aus ihren Unterkünften verdrängt werden.

Im Zuge der Alterung der Bevölkerung braucht Treptow-Köpenick zukünftig auch mehr barrierefreie, altersgerechte und betreute Wohnangebote für Senioren. Dies wollen wir ebenso fördern wie gemeinnützige Mobilitätshilfe für diese wachsende Bevölkerungsgruppe.

1.3 Flächendeckender Breitbandausbau

Treptow-Köpenick liegt bei der Breitbandversorgung mit schnellen Internetanschlüssen (mindestens 50 Mbit/s) auf dem drittletzten Platz unter den Berliner Bezirken mit einer Abdeckung von nur 82 %. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Breitbandanschlüssen ein, auch in Randlagen wie Rahnsdorf und Müggelheim.

2 Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl wächst auch die Inanspruchnahme von Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln. In weiten Teilen des Straßennetzes und des öffentlichen Verkehrs sind die Kapazitätsgrenzen erreicht oder überschritten. Durch unterlassene Instandhaltungen hat auch Treptow-Köpenick in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil von der Substanz gelebt.

Die AfD fordert die Modernisierung und den zielgenauen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Nur durch leistungsfähige Verkehrswege und moderne Verkehrsmittel kann die Mobilität der Berliner auch in Zukunft sichergestellt sowie die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass Handel und Gewerbe prosperieren.

Dabei lehnen wir eine Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs ab. Die meisten Berliner sind Bahn-Kunden, BVG-Nutzer, Autofahrer, Radfahrer, Fluggäste und Fußgänger in einer Person. Sie wollen und müssen selbst entscheiden können, welche Verkehrsmittel sie nutzen.

2.1 ÖPNV attraktiver machen

Wir wollen die Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für alle Berliner erhöhen. Hierzu schlagen wir vor, die Jahreskarte des öffentlichen Nahverkehrs zu vergünstigen. Eine kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel lehnen wir jedoch ab. Die Sicherheit der Nutzer von S-Bahnen, U-Bahnen und Bussen muss jederzeit gewährleistet sein. Wir fordern daher einer stärkere Präsenz von Sicherheitskräften und Aufsichtspersonal in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen.

Wir sind für den Ausbau des Park & Ride-Systems und fordern mehr sichere Fahrradstellplätze an wichtigen Knotenpunkten des ÖPNV. Wir setzen uns für den nutzerfreundlichen Ausbau des DAISY-Informationssystems an Bushaltestellen ein. Wir fordern die Sicherung und den wachstumsorientierten Ausbau des bestehenden Tram- und Busliniennetzes im Bezirk. Der S-Bahnhof Köpenick muss zügig zum Regionalbahnhof ausgebaut werden.

Mit der Verlängerung der Straßenbahn von der Karl-Ziegler-Straße auf dem WISTA-Gelände Adlershof über Johannisthal zum U-Bahnhof Zwickauer Damm wollen wir eine leistungsfähige Verbindung zwischen Köpenick, dem Wissenschafts-, Technologiepark und Medienstandort Adlershof und dem U-Bahnnetz sowie den südlichen Stadtbezirken schaffen.

Die Ruderfähre in Rahnsdorf wollen wir erhalten.

2.2 Brücken sanieren

Ein großes Problem ist der Sanierungsstau an Brücken im Bezirk. So hätte beispielsweise eine unvorhergesehene Sperrung der Langen Brücke oder der Allende-Brücke in Köpenick einen Verkehrsinfarkt mit chaotischen Zuständen für Verkehrsteilnehmer aus der Altstadt, Wendenschloß, Allende-Viertel und Müggelheim zur Folge. Marode Brücken sind deshalb kurzfristig zu sanieren, und Behelfsbrücken sind durch Neubauten zu ersetzen. Darüber hinaus fordern wir einen langfristigen Instandhaltungs- und Sanierungsplan für alle Brücken im Bezirk.

Völlig unsinnig ist hingegen der Bau einer Fußgängerbrücke über den Kietzgraben in der Altstadt Köpenick für 412.000 Euro. Solche Art von Steuerverschwendung wollen wir verhindern.

2.3 Straßenbau und Verkehrsplanung

Der Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen der Bundesstraße 1/5 in Marzahn-Hellersdorf und der Straße an der Wuhlheide in Treptow-Köpenick hat für uns oberste Priorität.

Ebenso sehen wir Bedarf für die Ost-West-Verbindung von An der Wuhlheide über Mahlsdorfer Straße und Stellungdamm zum Brandenburgplatz. Dies würde zur Entlastung der Bahnhofstraße und der Dammvorstadt beitragen.

Rund um die Dörpfeldstraße in Adlershof schlagen wir ein intelligentes System von Einbahnstraßen vor, wie es in vielen Städten mit engen Straßen erfolgreich praktiziert wird.

Bei der Entwicklung neuer Wohngebiete fordern wir nachhaltige Konzepte, wie das zu erwartende Verkehrsaufkommen bewältigt werden soll. Angesichts eines prognostizierten Bevölkerungswachstums von mehr als 5.000 Bewohnern aufgrund von Neubauprojekten in Wendenschloß regen wir an, die Machbarkeit einer Autofährverbindung zwischen Wendenschloß und Grünau zu prüfen.

Immer wieder kommt es vor, dass Lastkraftwagen die Oberleitung unter der Brücke am S-Bahnhof Köpenick abreißen. Um dies dauerhaft zu verhindern, schlagen wir vor, dort eine Höhenwarnanlage zu installieren.

2.4 Ampelpärchen, nein danke

Eine Instrumentalisierung von Verkehrsschildern für Gesinnungsbotschaften, beispielsweise durch sog. Ampelpärchen gleich welcher Art, lehnen wir ab.

2.5 Carsharing

Die Bezirksverwaltung soll die Angebote für Carsharing durch geeignete Maßnahmen unterstützen.

2.6 BER-Desaster aufklären – Verantwortliche zur Verantwortung ziehen – Anwohner schützen

Acht Jahre nach der Schließung des Flughafens Tempelhof und vier Jahre nach der geplanten, aber verschobenen Schließung des Flughafens Tegel sowie zehn Jahre nach dem Baubeginn des Flughafens Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) stehen die drei Bauherren Bundesrepublik Deutschland, Berlin und Brandenburg vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Der BER ist kein Betriebsunfall, sondern Ausdruck der Unfähigkeit wichtiger Verantwortlicher in der Berliner Politik. Wir fordern, das Flughafendesaster umfassend und restlos aufzuarbeiten sowie die Verursacher dieses Missmanagements im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten voll zur Verantwortung zu ziehen.

Bei der Planung und Nutzung der Berlin tangierenden Flugrouten muss ein Maximum an Lärmschutz gewährleistet werden. Die AfD unterstützt daher die Forderung zahlreicher Bürgerinitiativen nach einer Neuverhandlung der Flugrouten. Die Flugrouten für den Willy-Brandt-Flughafen (BER) müssen von allen Beteiligten unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung erarbeitet werden. Ein Verfahren nach Gutsherrenart durch die Deutsche Flugsicherung erfüllt nach unserer Auffassung nicht die erforderlichen Kriterien einer breiten Partizipation der Bevölkerung für ein derart wichtiges Planverfahren. Wir bestehen darüber hinaus auf einer spürbaren Beschränkung des Nachtflugverkehrs auf das absolut notwendige Maß.

2.7 Lärmschutz an Bahnstrecken

Die vom Verkehrsministerium und der Deutschen Bahn angekündigten Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken durch Schutzwände und Dämpftechnik an Schienen wird von der AfD auch für die lärmbelasteten Bahnstrecken im Bezirk Treptow-Köpenick gefordert. Dazu zählt beispielsweise die Bahnstrecke Schönefeld – Grünauer Kreuz – Straße an der Wuhlheide.

3 Sicher leben

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates ist dazu da, die Bürger vor Kriminalität zu schützen, insbesondere das Grundrecht auf Eigentum und die Unversehrtheit der Person zu garantieren. Die AfD vertritt eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber jeglicher Kriminalität und steht für einen starken Rechtsstaat. Das setzt eine handlungsfähige Polizei und ein leistungsfähiges Justizwesen voraus. In beiden Bereichen sehen wir in Berlin großen Handlungsbedarf.

3.1 Mehr Polizeipräsenz und eine bessere Ausstattung

Unter den letzten Senaten ist die Polizeipräsenz in Treptow-Köpenick kontinuierlich reduziert worden. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Sicherheit im Bezirk.

So hat sich die Zahl der Einbrüche in Lauben und Häuser 2015 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Die Aufklärungsquote liegt unter 10 %. Es rächt sich, dass bei der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei gekürzt und Wachen geschlossen wurden. Einbrüche sind keine Bagatelldelikte. Oftmals leiden die Opfer noch jahrelang unter den psychischen Folgen.

Wurde im Zuge der Flüchtlingskrise das private Wachpersonal im Bezirk massiv aufgestockt (34% mehr Meldungen zur Einstellung von privatem Wachpersonal in 2015), blieb die Zahl der Polizeibeamten trotz gesteigener Aufgaben nahezu unverändert.

Die AfD fordert deshalb eine Aufstockung der Berliner Polizei um 2.000 Beamte und eine Stärkung der Polizeipräsenz in Treptow-Köpenick, beispielsweise durch mehr Streifen und die Reaktivierung von Polizeiwachen, insbesondere in den äußeren Ortsteilen. Die Kontaktbereichsbeamten sollen wieder echte Ansprechpartner für die Bürger vor Ort sein.

Die AfD fordert Null Toleranz auch gegenüber sog. Kleinkriminalität und Ordnungswidrigkeiten. Insbesondere Sachbeschädigungen durch Vandalismus und Schmierereien sind ein großes Ärgernis für die Geschädigten und müssen konsequent geahndet werden.

Die AfD fordert, dass technologische Innovationen zum besseren Schutz der Polizisten wie Bodycams und Taser zügig im Probebetrieb getestet und anschließend flächendeckend eingesetzt werden. Die Videoüberwachung an ausgewählten Brennpunkten soll die Polizeiarbeit sinnvoll ergänzen.

Weil die Polizei ihren Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang nachkommen kann, müssen wir auch über die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin nachdenken, z.B. zur Entlastung bei Großveranstaltungen. Ergänzend wollen wir für ein System wachsamer Nachbarschaften werben.

Darüber hinaus fordern wir eine Entlastung der Polizei von polizeifremden Tätigkeiten und eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Verbrechensverbeugung und Verbrechensbekämpfung (Schützen statt Blitzen). Nur so kann die Leistungsfähigkeit der Polizei langfristig sichergestellt werden.

3.2 Jugendliche Intensivtäter – Schluss mit der Sozialromantik

Jugendliche Täter beginnen ihre kriminelle „Karriere“ immer früher. Es ist wichtig, diese Entwicklung frühzeitig zu erkennen und zu unterbrechen.

Wir befürworten die Ausweitung beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten (Neuköllner Modell). Jugendrichter brauchen mehr Entscheidungsspielraum im Rahmen der freiheitsentziehenden Maßnahmen. Die Lücke zwischen Jugendarrest und Jugendstrafe muss geschlossen werden. Der Arrest soll statt bisher vier Wochen künftig bis zu drei Monate möglich sein. Eine Jugendstrafe sollte bereits mit einer Dauer von drei, statt wie bisher von sechs Monaten verhängt werden können.

3.3 Für eine transparente Kriminalstatistik

Kriminalität darf nicht geduldet, bagatellisiert oder verschwiegen werden. No-go-Areas und rechtsfreie Räume darf es in Treptow-Köpenick nicht geben.

Wir fordern eine transparente, öffentliche Kriminalstatistik. Die Bürger sollen frühzeitig erkennen können, wo im Bezirk sich beispielsweise Einbrüche häufen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines bezirklichen Registers ein, in dem Straftaten mit besonderem Interesse für die Bevölkerung, wie z.B. Eigentumsdelikte, Brandstiftung, politisch motivierte Straftaten, zeitnah unter Nennung der Ortsteile veröffentlicht werden.

3.4 Kriminelle Ausländer schneller ausweisen

Die Ausländerkriminalität bewegt sich in Berlin auf einem erschreckend hohen Niveau. Der Anteil der Nicht-deutschen an allen Tatverdächtigen lag 2015 bei 40 %. Dabei sind deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Herkunft von Tätern darf bei der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung nicht verschleiert werden. Die AfD fordert, die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen.

Wer unser Gastrecht missbraucht, muss das Land verlassen. Die AfD fordert daher zum Schutz aller Bürger eine Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen für ausländische Straftäter. Eine zwingende Ausweisung halten wir bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe ab einem Jahr für erforderlich, statt wie bislang erst ab 3 Jahren.

3.5 Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte konsequent bestrafen

In Teilen der Gesellschaft beobachten wir eine wachsende Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften der Polizei und Feuerwehr. Wir akzeptieren nicht, dass Hilfskräfte im Einsatz behindert oder gewaltsam angegangen werden. Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität gegen diesen Personenkreis ist dadurch zu begegnen, dass das geltende Recht rigoros angewendet wird.

3.6 Rettungstaucher für Köpenick

Die Feuerwehr muss den Herausforderungen der wachsenden Stadt gerecht werden. Hierzu gehört im gewässerreichsten Bezirk Berlins auch eine leistungsfähige, professionelle Wasserrettung. Deshalb fordern wir die Stationierung einer zweiten Tauchgruppe der Berliner Feuerwehr in Köpenick zusätzlich zum bisherigen Standort in Charlottenburg.

4 Für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk

Für die AfD sind eine kinder- und familienfreundliche Familienpolitik, die Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung, sozialem Leben und Beruf, und die stärkere Förderung von Familien mit Kindern von entscheidender Bedeutung.

4.1 Mut zur Familie!

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist der Ort, wo die wesentlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Menschlichkeit, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität gelegt sowie die Vermittlung von Werten zu allererst geprägt werden. Ohne starke Familien gibt es keine gute Zukunft für unser Land. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder.

Familien mit mehr als zwei Kindern wollen wir den Besuch öffentlicher Einrichtungen finanziell erleichtern.

In Kindertagesstätten sind saisonale Schließzeiten zu vermeiden. Eine Notbetreuung für berufstätige Eltern muss auch in den Ferien gewährleistet sein. Wir fordern die Abschaffung der Bedarfsprüfung zur Hortbetreuung in der Schule. Alle Kinder sollten die Möglichkeit haben, den Schulhort zu besuchen.

4.2 Kinder und Jugendliche schützen

Kinder und Jugendliche verbringen zunehmend ihre Zeit mit elektronischem Spielzeug und sind ständig im Internet unterwegs. Die körperliche Gesundheit unserer Jugend, ihre Kommunikationsmöglichkeiten und ihre soziale Kompetenz nehmen nach statistischen Untersuchungen stetig ab. Dem wollen wir unter anderem durch mehr Angebote zur Freizeitgestaltung begegnen.

Wir fordern den Erhalt und Neubau öffentlicher Spielplätze in Treptow-Köpenick und setzen uns für die Reaktivierung von geschlossenen Jugendfreizeiteinrichtungen ein. Die Kinder- und Jugendarbeit von Sportvereinen wollen wir stärker fördern. Auch vereinsunabhängige Freizeit- und Sportanlagen, z.B. Bolzplätze, Basketball- und Skateboardanlagen, müssen ausgebaut und gepflegt werden.

Kinder und Jugendliche müssen konsequent vor Verwahrlosung geschützt werden. Das Jugendamt ist so auszustatten, dass es seine Aufgaben zum Schutz junger Menschen erfüllen kann. Wir wenden uns gegen jede Form politischer Indoktrination in der Kinder- und Jugendarbeit.

Die AfD setzt sich für die strikte Einhaltung des Jugendschutzes ein und unterstützt Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch und Jugendgewalt.

5 Moderne Schulen und bedarfsgerechte Weiterbildung

5.1 Sanierungsstau beheben – Ausstattung verbessern

Marode Schulen sind ein Armutszeugnis für Berlin. Deshalb fordern wir den Abbau des Sanierungsstaus an Schulen. Notwendige Reparaturen und Renovierungen sind zügig durchzuführen. Darüber hinaus ist die Ausstattung der Schulen, vor allem im Hinblick auf die Digitalisierung, zu verbessern. Investitionen in Schulen sind beste Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

5.2 Dialog zwischen Schule und regionaler Wirtschaft ausbauen

Wir setzen uns für einen stärkeren Dialog zwischen regionaler Wirtschaft und Schulen ein und wollen die ökonomische Bildung stärken. Schüler sollen nicht nur über Beschäftigungsmöglichkeiten informiert werden, sondern frühzeitig auch die Chancen als freier Unternehmer, Handwerksmeister oder Freiberufler kennenlernen. Wir unterstützen Patenschaften zwischen Unternehmern und Schulklassen.

5.3 Aufklärung über Bundeswehr und Freiwilligendienst an Schulen

Schulen sollen über den freiwilligen Wehrdienst (FWD) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) aufklären. In diesem Rahmen halten wir es für richtig, dass auch die Bundeswehr ihre Aufgaben und die Rolle des Soldaten als Staatsbürger in Uniform auch an Schulen vorstellen darf.

5.4 Einheitliche Schulkleidung zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls

Einheitliche Schulkleidung bietet die Möglichkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Schulgemeinschaft zu stärken. Sie verringert das Risiko sozialer Diskriminierung für solche Schüler, die sich teure Markenkleidung

nicht leisten können, und wirken disziplinierend gegenüber Verwahrlosung und Übersexualisierung des Kleidungsstils an Schulen.

Die AfD fordert die fakultative Einführung von Schulkleidung an den Berliner Schulen. Dabei soll jede Schule selbst entscheiden können, ob, und wenn ja, welche Schulkleidung getragen werden soll.

5.5 Gender-Mainstreaming abschaffen

Die Ideologie des Gender-Mainstreaming behauptet, dass das natürliche Geschlecht nur als soziales Konstrukt zu betrachten sei. Die AfD hält die staatliche Förderung des Gender-Mainstreaming für einen unzulässigen Eingriff in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen, der überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt.

Die AfD fordert daher, die staatliche Förderung des Gender-Mainstreaming umgehend zu beenden. Die im neuen Rahmenlehrplan für Schulen enthaltenen Unterrichtsvorgaben zum Gender-Mainstreaming müssen unverzüglich gestrichen werden.

5.6 Bedarfsgerechte Bildungsangebote für jedermann

Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der Musikschule ein. Die bezirklichen Bibliotheken müssen erhalten und unter Berücksichtigung der Digitalisierung nutzerfreundlich weiterentwickelt werden. Die Volkshochschule muss bedarfsgerechte Angebote für alle Bürger anbieten.

6 Attraktive Sport- und Freizeitangebote

Treptow-Köpenick ist ein wichtiger Standort des Breiten- und Leistungssports. Diesen gilt es zu stärken, vor allem im Kinder- und Jugendsport. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt und Ausbau der bezirklichen Sportstätten ein.

Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht steigt seit Jahren stark an. Die Folge sind vermehrt auftretende Zivilisationskrankheiten und entsprechend steigende Gesundheitskosten. Um dem entgegenzuwirken, fordert die AfD, dem Schulsport in den Lehrplänen ein größeres Gewicht einzuräumen und das Pensum ab der Grundschule auf mindestens drei Stunden pro Woche zu erhöhen.

Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen müssen nachhaltig gefördert werden, damit Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen.

Die aktuellen Öffnungszeiten der Schwimmhallen im Bezirk sind nicht bürgerfreundlich. Wir fordern eine Ausweitung der Öffnungszeiten auch für solche Bürger, die nicht Mitglied eines Sportvereins sind. Wir setzen uns für die Sanierung des Strandbads Müggelsee und den Neubau eines Freizeitbades im Bezirk ein.

Klassische Wassersportarten sollen nicht durch den wachsenden Motorbootverkehr belastet werden.

Der 1. FC Union Berlin ist ein Aushängeschild des Bezirks und genießt bundesweit Anerkennung wegen des Engagements seiner Mitglieder und Fans. Damit der Verein auch mittelfristig wettbewerbsfähig und seiner Heimstätte treu bleibt, fordern wir in dieser Legislaturperiode eine Lösung für das erforderliche Nachwuchsleistungszentrum.

7 Flüchtlingskrise bewältigen – Zuwanderung steuern

Die Flüchtlingskrise stellt die größte Herausforderung für Berlin und Treptow-Köpenick seit dem Mauerfall dar. Durch den unkontrollierten Zuzug tausender Flüchtlinge, Asylbewerber und Armutsmigranten wurde die Grenze der Belastbarkeit erreicht und zum Teil überschritten. Die Zahl der Migranten übersteigt mittlerweile die vorhandenen regulären Unterbringungs- und Betreuungskapazitäten auch in Treptow-Köpenick bei weitem. Untragbare Zustände und großer Unmut bei den Berlinern mit und ohne Migrationshintergrund sind die Folge.

7.1 Asylchaos stoppen

Die AfD versteht sich als Anwalt derjenigen Menschen in Deutschland, die das Grundrecht auf Asyl bewahren wollen, aber gleichzeitig eine unbegrenzte Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts ablehnen. Wir fordern einen sofortigen Aufnahmestopp bis wieder ein geordnetes Verfahren und eine zeitnahe Entscheidung über das Asylbegehren gewährleistet werden können. Abgelehnte Asylbewerber sind konsequent abzuschieben.

Die Unterbringung von Asylbewerbern darf nicht weiter zu Lasten von Schulen, Sportvereinen und Kitas erfolgen. Die Zweckentfremdung von Sporthallen muss sofort beendet werden, so dass die nach dem Auszug der Asylbewerber erforderlichen Sanierungsarbeiten unverzüglich beginnen können. Dafür sind entsprechende Mittel im Haushalt einzustellen.

Die vielfach diskutierte Beschlagnahmung leerstehenden Wohnraumes ist nicht mit dem Eigentumsrecht vereinbar und wird deshalb von uns abgelehnt. Ebenso lehnen wir die weit überbezahlte Anmietung von Mittelklassehotels für Asylbewerber ab.

Die berechtigten Sorgen und Ängste der Bevölkerung müssen endlich ernst genommen werden. Sollen Asylbewerberunterkünfte errichtet oder bestehende Objekte als solche umgenutzt werden, sind diese Vorhaben mit den betroffenen Bürgern im Vorfeld zu diskutieren. In Wohngebieten sollen aus Sicherheitsgründen keine Massenunterkünfte eingerichtet werden.

7.2 Gesteuerte Einwanderung nach angelsächsischem Muster

Im Gegensatz zu den humanitären Erwägungen des Asylrechtes müssen bei der Einwanderung die legitimen Interessen Deutschlands als Aufnahmeland im Mittelpunkt stehen. Wir wollen klar sagen, was Deutschland seinen Einwanderern bietet, aber auch, was es von ihnen erwartet. Einwanderung kommt nur in Betracht, wenn der Bedarf hierfür eindeutig nachgewiesen ist.

Die AfD fordert, für Nicht-EU-Staatsangehörige klar zu regeln, welche Voraussetzungen für die Einwanderung nach Deutschland erforderlich sind: Sprachkenntnisse, Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse, zu erwartende Integrationsfähigkeit, aber auch tatsächlicher Bedarf an Arbeitskräften in den jeweiligen Branchen und Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft.

7.3 Unser Land, unsere Werte

Falsch verstandene Toleranz und mangelnde Integrationsbereitschaft haben in der Vergangenheit zur Separation und Ghettoisierung ganzer Stadtteile geführt. Diese Fehler dürfen in Treptow-Köpenick nicht wiederholt werden.

Die AfD ist für eine strikte Trennung zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht. Bürgerkriegsflüchtlinge sind nicht automatisch „Neubürger“, sondern temporär Schutzberechtigte, welche nach Wegfall des Fluchtgrundes wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Bildungsmaßnahmen müssen daher in erster Linie auf eine Förderung der Rückkehr und die im Heimatland benötigten Fähigkeiten ausgerichtet sein.

Es ist notwendig, dass die ankommenden Menschen, egal ob sie dauerhaft bleiben oder nur vorübergehend hier sind, unsere Werte und Regeln des Zusammenlebens respektieren und anerkennen. Wer sich für Deutschland als Zielland entscheidet, muss neben der freiheitlich demokratischen Grundordnung auch die deutsche Leitkultur achten. Integration ist eine Bringschuld des Zuwanderers. Keine staatliche Fördermaßnahme kann die Eigeninitiative und den Willen des Zuwanderers zur Integration ersetzen.

Das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Verdienst des eigenen Lebensunterhalts sind die wesentlichen Merkmale einer gelungenen Integration. Wichtige Schlüssel zur nachhaltigen Integration von Zuwanderern sind ihre Kinder. Sie müssen ohne Rücksicht auf religiösen oder kulturellen Hintergrund am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu gehört die uneingeschränkte Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht und an Klassenfahrten. Wir wenden uns gegen religiös motivierte Einschränkungen von Speiseplänen in Schulen und Kitas. Die Einrichtung von Gebetsräumen in staatlichen Schulen und Hochschulen lehnen wir mit Rücksicht auf die staatliche Neutralitätspflicht ab.

Eine Bevorzugung von Migranten, etwa durch Quoten im öffentlichen Dienst, beim Zugang zu Schulen bzw. Hochschulen oder durch gezielt auf bestimmte Fähigkeiten zugeschnittene Anforderungsprofile, lehnen wir ab, da damit das Leistungsprinzip ausgehebelt, einheimische Bewerber diskriminiert, falsche Anreize geschaffen und Integrationshemmnisse verfestigt werden.

Integrationsfeindliche Vollverschleierungen, wie Burka oder Niqab, gehören nicht in unsere Stadt und insbesondere nicht nach Treptow-Köpenick. Sie errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und der Umwelt und untergraben damit das Gefühl des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Nicht ohne Grund hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Burkaverbot für rechtmäßig erachtet.

Einen Staatsvertrag Berlins mit muslimischen Verbänden lehnen wir ab. Da die Muslime in Berlin keine einheitliche Organisationsstruktur haben und in 80 Gemeinden und fünf Glaubensrichtungen zerfallen ist eine allgemeine Regelung nicht möglich. Zudem werden einige der muslimischen Verbände aus dem Ausland gesteuert und finanziert. Diese Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen und Moscheen ist nach dem Vorbild Österreichs zu unterbinden.

8 Meinungsfreiheit schützen – Demokratie fördern

Die Meinungsfreiheit ist – im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung – eines der wichtigsten Güter unserer freien Gesellschaft. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter, Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen.

8.1 Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen

Wir sprechen uns gegen jede Form von Extremismus aus. Links- und Rechtsextremismus werden von uns gleichermaßen als Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgelehnt. Während der Rechtsextremismus zu Recht geächtet ist, wird die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus häufig bagatellisiert oder gar als Mittel im „Kampf gegen Rechts“ toleriert.

Wir fordern eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und links-extremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten. Wir erwarten, dass Recht und Ordnung konsequent durchgesetzt werden. Rechtsfreie Räume darf es weder für Rechtsextremisten noch für Linksextremisten geben.

8.2 Demokratie und Meinungsfreiheit im Bezirk stärken:

Neustart für das Zentrum für Demokratie und das Fest für Demokratie und Toleranz dringend erforderlich

In den vergangenen Jahren ist das durch den Bezirk großzügig geförderte Zentrum für Demokratie immer wieder durch ein zweifelhaftes Demokratieverständnis aufgefallen. Statt demokratische Strukturen und bürgerschaftliches Engagement zu stärken wurden unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Rechtsextremismus bürgerliche Kräfte ausgegrenzt und diffamiert. Die unabdingbaren Mindestanforderungen an ein demokratisches und pluralistisches Projekt wurden dabei immer wieder unterlaufen. So hat sich das Zentrum für Demokratie und auch das durch das Zentrum für Demokratie mit organisierte Fest für Demokratie und Toleranz zu einem Tummelplatz für linksradikale und zum Teil verfassungsfeindliche Propaganda entwickelt. Mittlerweile ist das Zentrum für Demokratie zu einer Hypothek für die demokratische Gesellschaft in Treptow-Köpenick und Berlin geworden. Dieser Entwicklung darf der Bezirk nicht länger tatenlos zusehen.

Wir fordern daher einen Neustart für das Zentrum für Demokratie und auch für das Fest für Demokratie und Toleranz: der bisherige inhaltliche und personelle Ansatz muss komplett auf den Prüfstand. Das Zentrum für Demokratie muss seine einseitige Fixierung auf linke Projekte beenden und sich zur Mitte hin öffnen. Nur so können pluralistische Bildungsarbeit und bürgerschaftliches Engagement langfristig gelingen und der politische Extremismus effektiv bekämpft werden. Das Zentrum für Demokratie darf nicht länger die Speerspitze eines bestimmten politischen Lagers sein, sondern muss allen demokratischen Kräften offen stehen.

8.3 Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie

Das vom Grundgesetz geschützte Recht der freien Religionsausübung gilt für alle Menschen in Deutschland. Mit Sorge beobachten wir die Radikalisierung eines Teils der muslimischen Gemeinschaft in Berlin, die bis hin zur unverhohlenen Missachtung und Anfeindung von Andersgläubigen reicht. Insbesondere ein wachsender Antisemitismus unter Muslimen bereitet Anlass zur Sorge.

Wir fordern daher wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen. Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potentielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können. Werbung für terroristische Organisationen, wie z.B. den IS, soll als Straftat gewertet werden.

Öffentliche Koranverteilungen und Anwerbeversuche salafistischer Gruppen zum Beispiel in Fußgängerzonen, vor Schulen und in Flüchtlingsunterkünften sind ebenso zu untersagen wie die Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens durch eine „Scharia-Polizei“.

9 Mittelständische Wirtschaft fördern – Arbeitsplätze schaffen

Der Mittelstand bildet das Rückgrat der Wirtschaft in Treptow-Köpenick. Wir wollen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Treptow-Köpenick erhöhen und die Ansiedlung von Unternehmen im Bezirk erleichtern.

9.1 Unterstützung und Planungssicherheit für Unternehmen

Wir wollen Gründern konkrete Hilfe bei der Grundstückssuche bieten. In der Bauplanung wollen wir die notwendigen Voraussetzungen für langfristige Gewerbeansiedlungen schaffen. Zu diesem Zweck wollen wir das Zusammenwirken der staatlichen und der unternehmerischen Schnittstellen in Berlin besser organisieren und den bürokratischen Aufwand für die investierenden Unternehmen durch die Streichung unsinniger Vorschriften sowie die Reduzierung überlanger Bearbeitungszeiten verringern.

Genehmigungsverfahren im Bezirksamt wollen wir beschleunigen. Wir fordern bindende Fristen bei behördlichen Genehmigungen, damit überlange Wartezeiten für Baugenehmigungen und Gewerbeerweiterungen, unter denen mittelständische Unternehmen erfahrungsgemäß besonders leiden, vermieden werden können. Bei Gewerbe genehmigungen sind die Interessen von Klein- und Mittelgewerbebetrieben sowie Einzelhandelsgeschäften in Wohngebieten stärker zu berücksichtigen und investitionsverteuernde Vorschriften, die kapitalstarke Handelskonzernketten im Ergebnis bevorzugen, angemessen abzuwägen.

Die Wissenschafts-, Wirtschafts- und Technologiestandorte Adlershof und Schöneeweide wollen wir stärken und die Ansiedlung von innovativen Startups fördern. Unternehmen brauchen langfristige Standort- und Planungssicherheit, um Investitionen zu tätigen. Deshalb wenden wir uns gegen eine gewerbegefährdende Wohnbebauung an klassischen Gewerbebeständen, wie beispielsweise auf dem Gelände an den Rathenau-Hallen in Schöneeweide.

9.2 Digitalisierung und Forschung

Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft in atemberaubender Geschwindigkeit. Die digitalisierte Wirtschaft braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, insbesondere ein modernes und sicheres Datennetz. Wir werden uns dafür einsetzen, im gesamten Bezirk Breitbandnetzanschlüsse zur Verfügung zu stellen. Die AfD fordert darüber hinaus ein dauerhaft freies W-LAN-Netz im gesamten Stadtgebiet.

Wir wollen Treptow-Köpenick als Forschungs- und Hochschulstandort ausbauen und zukunftsorientiert weiterentwickeln. Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, ist ein wichtiger Faktor für die Innovationsfähigkeit Berlins. Die intelligente Vernetzung von Forschung und Wissenschaft mit den Berliner Unternehmen ist eine besondere Herausforderung für die Forschungsförderung.

Um Unternehmensgründungen und den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu erleichtern, fordert die AfD eine deutliche Ausweitung der Fördermaßnahmen durch die Investitionsbank Berlin. Berlin braucht dringend wettbewerbsfähige Instrumente zur Innovationsförderung!

10 Natur und Umwelt schützen

Naturschutz beginnt für uns mitten in der Stadt. Mensch, Umwelt und Natur gehören auch in einer Großstadt wie Berlin zusammen. Gerade in unserem wasser-, wald- und grünflächenreichen Bezirk ist der Schutz dieser natürlichen Ressourcen eine besondere Verpflichtung. Wir setzen uns für die Schaffung von weiteren Schulgärten im Bezirk ein und wollen die Einrichtung und Pflege von Amphibienschutzzäunen fördern. Auch die öffentliche Hand muss Ersatzpflanzungen von Bäumen, z.B. nach Baumfällungen zum Bau von Flüchtlingsunterkünften, zeitnah auf landeseigenen Grundstücken durchführen.

10.1 Grünanlagen und Wälder schützen

Wir setzen uns für den Schutz der bezirklichen Grünanlagen und Wälder ein. Vandalismus, wie beschmierte Schilder oder Müllberge an diesen Erholungsorten tolerieren wir nicht. Hundekot in Parks und Grünanlagen stellt gerade für Familien mit Kindern ein besonderes Ärgernis dar. Verstöße gegen die Beseitigungspflicht sind zu ahnden. Um allen Hundehaltern die Beseitigung von Hundekot zu ermöglichen, wollen wir mehr Beutelspender im Bezirk bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir mindestens ein zusätzliches Hundelaufgebiet im Bezirk schaffen, in dem sich Hunde ohne Leine frei bewegen können.

Großveranstaltungen dürfen nicht in innerstädtischen Grün- und Erholungsanlagen im Bezirk Treptow-Köpenick genehmigt werden. Speziell sind solche Veranstaltungen im Treptower Park abzulehnen.

10.2 Kleingärten erhalten

Treptow-Köpenick ist der Bezirk mit den meisten Kleingartenkolonien. Kleingärten sind für die städtische Bevölkerung wichtige Rückzugorte zur Erholung und Begegnung. Kleingärten dienen durch ihre Pflanzenvielfalt auch dem Schutz von Bienen.

Die AfD fordert, dass Kleingartenkolonien besser geschützt und nicht durch grenzenlose Wohnbebauung verdrängt werden. Insbesondere Kleingartenkolonien, die bestimmte Naturschutzkriterien erfüllen, indem sie z.B. auf den Einsatz von Pestiziden verzichten, sollen einen besonderen Schutzstatus erhalten. Die Beseitigung von Kleingärten, um Ausgleichsflächen für Natureingriffe an anderer Stelle zu schaffen, lehnen wir ab.

10.3 Trinkwasser schützen

Wir setzen uns für den Schutz unseres Trinkwassers ein. Durch den Lausitzer Braunkohletagebau hat die Verschmutzung der Spree mit Sulfat und Eisenocker gefährliche Höhen erreicht. Dies betrifft auch das Wasserwerk in Friedrichshagen. Für die Verbraucher bedeutet der erhöhte Aufwand der Filterung einen steigenden Wasserpreis. Wir wollen die Verursacher an den Kosten der Beseitigung der Verunreinigungen beteiligen und zur Einhaltung des Gewässerschutzes verpflichten.

11 Berliner Energiewendegesetz stoppen

Das vom Berliner Senat geplante Energiewendegesetz (EWG Bln) weisen wir entschieden zurück. Die darin vorgesehene umfassende „Große Transformation der Gesellschaft“ mittels „Dekarbonisierung“ ist nichts anderes als der Versuch, unter dem Deckmantel vermeintlicher Wissenschaftlichkeit einer höchst zweifelhaften Ideologie zu gesellschaftlicher Wirksamkeit zu verhelfen. Die AfD lehnt diese Form einer von oben herab angeordneten Umgestaltung unserer Gesellschaft mit ungewissem Ausgang und weitreichenden Konsequenzen für unser wirtschaftliches Wohlergehen entschieden ab.

Die AfD fordert das Erneuerbare Energiengesetz (EEG), die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) abzuschaffen.

12 Tourismus und Kultur stärken – Tradition bewahren

Treptow-Köpenick ist kein homogener Bezirk, sondern besteht aus teils sehr unterschiedlichen Ortsteilen mit eigenen Traditionen und regionalen Besonderheiten. Wir wollen unsere regionalen Traditionen bewahren und Möglichkeiten der Identifikation der Bürger mit unserer Heimat stärken. Dafür wollen wir Heimatvereine fördern und Bürokratiehemmnisse, insbesondere für Ortsteilfeste, beseitigen.

Tourismus ist ein wachsender Wirtschaftsfaktor in Treptow-Köpenick. Wir wollen als Bezirk attraktiver für Berliner aus anderen Stadtteilen werden. Für traditionsreiche Tourismusstandorte müssen zukunftsfähige Konzepte gefunden werden. Wir wollen beispielsweise die Altstadt Köpenick, das Müggelturm-Areal, den ehemaligen Spreepark Berlin und das Eierhäuschen wieder beleben. An Wanderwegen wollen wir die Beschilderung verbessern und setzen uns für den Ausbau von Sitzgelegenheiten vor allem für Senioren ein. Touristische Ziele dürfen nicht durch den Bau von Flüchtlingsunterkünften beeinträchtigt werden.

Wir wollen, dass bei Neubauten auf Wassergrundstücken die Uferwege für die Öffentlichkeit begehbar bleiben.

Wir wollen das vielfältige kulturelle Angebot in Treptow-Köpenick erhalten und stärken. Kleinere Einrichtungen wollen wir gezielt fördern und Subventionen für Großprojekte abbauen.

Die Museen im Treptow-Köpenick wollen wir einem größeren Publikum näher bringen. Das Heimatmuseum Köpenick werden wir zum aktiven Zentrum der Erinnerung unseres traditionsreichen Bezirks weiterentwickeln. Wahrzeichen im Bezirk wollen wir vor Verfall schützen und wieder einer sinnvollen Nutzung zuführen, z.B. den Wasserturm Altglienicke.

13 Mehr Bürgernähe in Staat und Verwaltung

Die Berliner Verwaltung muss insgesamt modernisiert und dezentralisiert werden. Die bürgernahe kommunale Verwaltung in den Bezirken muss gestärkt werden. Demgegenüber müssen die überdimensionierten Senatsverwaltungen verschlankt und gestrafft werden.

13.1 Aufwertung der Bezirke

Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken ist nicht mehr zeitgerecht. Treptow-Köpenick ist mit rund 250.000 Einwohnern für sich schon eine Großstadt, vergleichbar mit kreisfreien Städten wie Braunschweig oder Chemnitz. Bei den Verwaltungskompetenzen haben die Berliner Bezirke aber weniger Rechte als manches Dorf. Nicht mal ein Straßenschild an einer Durchgangsstraße dürfen die Bezirke anbringen, ohne den Senat zu fragen. Die AfD regt deshalb an, eine Aufwertung der zwölf Berliner Bezirke zu selbstständigen Kommunen mit eigener Haushalts- und Personalhoheit und künftiger Direktwahl von Oberbürgermeistern zu prüfen.

13.2 Für eine leistungsfähige Bezirksverwaltung

Die AfD fordert, die Berliner Bürgerämter materiell und personell so auszustatten, dass es nicht zu unnötig langen Wartezeiten für die Bürger kommt. Über den Personalaufwuchs hinaus müssen die Bürgerämter vor allem auch effizienter organisiert werden, um Wartezeiten für Bürger zu vermeiden. Dazu muss das E-Government weiter ausgebaut werden.

Das Ordnungsamt ist so auszustatten, dass es seine Aufgaben, gerade im Gewerbebereich, im Sinne der Bürger zeitnah erfüllen kann. Ordnungswidrigkeiten müssen konsequent gehndet werden.

Auch das Jugendamt ist personell so auszustatten, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Kita-, und Hort-Gutscheine sowie zum Elterngeld zeitnah erfolgen kann.

Damit sich Leistung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst lohnt, müssen Angestellte auch leistungsorientiert bezahlt werden. Zudem sollen befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst nur noch aus eng begrenzten sachlichen Gründen möglich sein. Damit soll der Staat mit gutem Beispiel für die Wirtschaft vorgehen.

13.3 Senat verschlanken

In Senat, Verwaltung und öffentlichen Unternehmen werden zu viele „verdiente“ Parteifunktionäre mit lukrativen Stellen versorgt. Wir wollen die bisher übliche Praxis der Schaffung immer neuer Posten beenden. Denn in der Berliner Verwaltung gibt es zu viele Vorgesetzte, aber kaum geeignetes Führungspersonal. Mittlerweile verfügt Berlin über 23 Staatssekretäre, wohingegen das Flächenland Bayern lediglich 6 Staatssekretäre hat.

Die AfD fordert, die Zahl der Senatoren, Staatssekretäre und Leitungsbeamten deutlich zu reduzieren. Insbesondere die Anzahl der Senatorenposten ist wieder auf die bis 2011 geltende Zahl von 8 herabzusetzen, die Zahl der Staatssekretäre ist ebenfalls auf 8 zu reduzieren.

13.4 Verkleinerung des Abgeordnetenhauses

Das Berliner Abgeordnetenhaus verfügt über mindestens 130 Abgeordnetenplätze. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate sind seit der letzten Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2011 insgesamt 149 Abgeordnete aktiv. Die Alternative für Deutschland plädiert für eine Reduzierung der Zahl der Abgeordnetensitze. Eine Zahl von ca. 100-110 Volksvertretern reicht für ein Bundesland mit ca. 3,5 Mio. Einwohnern vollkommen aus.

13.5 Mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen

Die Stärkung der direkten Demokratie ist ein Kernanliegen der AfD. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen zur Absenkung der Hürden für Volksentscheide.

Für Berlin fordern wir die Abschaffung der Quoren bei allen Bürger- und Volksentscheiden. Nur wenn die Bürger wissen, dass sie auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung wichtige Entscheidungen selbst treffen können, werden sie die Instrumente der direkten Demokratie langfristig annehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass getroffene Volksentscheide, ähnlich wie in Hamburg, nicht nach kurzer Zeit durch Abgeordnetenhaus-Beschlüsse wie im Falle der Bebauung des Tempelhofer Feldes zu Fall gebracht werden können.

13.6 Live-Übertragung der BVV-Sitzungen

Wir befürworten, dass die Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung als Livestream über das Internet übertragen werden.

Es ist Zeit für eine Alternative auf allen politischen Ebenen – eine Alternative für Treptow-Köpenick, eine Alternative für Berlin, die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND.

Ändern Sie nicht Ihre Meinung, ändern Sie die Politik!

Berlin Treptow-Köpenick, 11. April 2016

Die AfD braucht mehr Mitglieder und Ihre Spende

Sie sind neugierig auf die AfD und ihre Kandidaten geworden? Dann schauen Sie sich unsere Website afd-treptow-koepenick.de und unser Facebook-Seite an facebook.com/alternativfuertk

Sie wollen uns im Wahlkampf finanziell unterstützen und dazu beitragen, dass wir weiterhin erfolgreich für Ihre Interessen eintreten können? Hier finden Sie die notwendigen Informationen darüber, wie sie für die AfD **spenden** und zugleich Steuern sparen können (afd-berlin.de/spenden). Denn der Gesetzgeber begünstigt Spenden für politische Parteien. Jede Spende hilft!

AfD-Bezirksverband Treptow-Köpenick
Berliner Sparkasse
IBAN: DE32 1005 0000 1065 4859 87
BIC: BELADEBEXX

Sie wollen uns nicht nur wählen, sondern auch bei uns **mitmachen**? Darüber freuen wir uns ganz besonders. Schon mehr als 1.000 Bürger sind in der AfD Berlin aktiv. In den Bezirken und auf Landesebene treffen wir uns regelmäßig, um über politische Themen zu diskutieren, gemeinsam Beschlüsse zu fassen und bei den Bürgern für die AfD zu werben. Jede Stimme für die AfD ist gut, aber Politik ist mehr als die Wahl der richtigen Partei. Werden Sie **Mitglied** in der AfD. Senden Sie uns einfach die beigefügte Postkarte und wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen. Wir laden Sie gerne zu einem Kennenlernetreffen ein, in dem wir mehr von Ihnen und Sie mehr von der AfD erfahren können.

Alternative für Deutschland



Bezirksverband Treptow-Köpenick

AfD Bezirksverband Berlin Treptow-Köpenick

Schillstraße 9

10785 Berlin

Tel: +49 (0) 30-265 583 721

E-Mail: treptow-koepenick@afd-berlin.eu

Internetseite: www.afd-treptow-koepenick.de

Facebook: facebook.com/alternativeduertk